

Die Schweiz bleibt neutral.**Gespräch mit dem Wiener Gesandten der Schweiz.**

Dr. Charles Daniel Bourcart, der Gesandte der Schweiz am Wiener Hofe, erteilte dem Wiener Vertreter des „N. O.“ folgende, die Lage betreffende Aufklärungen:

Die offizielle Schweizerische Depeschagentur meldet, sagt der Gesandte, Präsident Wilson hätte die schweizerische Regierung eingeladen, sich dem Vorgehen Amerikas gegenüber Deutschland anzuschließen. Die Antwort der schweizerischen Regierung wird erst veröffentlicht werden, wenn Wilson in ihrem Besitze ist. Es bestehe jedoch nach den Erkundigungen der Schweizerischen Depeschagentur kein Zweifel darüber, daß die Schweiz, wenn sie von Deutschland mit der Vertretung der deutschen Interessen in Amerika betraut würde, einen solchen Auftrag annehme. — Der letzte Teil dieser offiziellen Meldung allein würde genügen, um alle Zweifel daran zu beseitigen, wie die Antwort der schweizerischen Regierung ausfallen wird, bezw. ausgefallen ist. Wenn die Schweiz gegebenen Falles bereit ist, den Schutz der deutschen Interessen in Amerika zu übernehmen, so bedeutet dies schon, daß sie sich dem Vorgehen Amerikas gegen Deutschland nicht anschließt. Die Schweiz ist in einer ganz anderen Lage als Amerika; sie hat keine Flotte, die Handel treibt, keine Schiffe, die versenkt werden könnten und vor allem: sie ist von den kriegsführenden Mächten umgeben und eingeschlossen. Ihr Vorgehen muß daher naturgemäß anders sein als das Amerikas.

„In der Schweiz selbst besteht keine Nervosität, obwohl natürlich die Lage der Schweiz durch die Verschärfung der Seekriegführung eine bedeutende Verschlechterung erfährt. Die Schweiz bezieht eine Reihe wichtiger Waren, wie Getreide, Wolle, Baumwolle, Kaffee usw. über ausländische Häfen; so ist der Hafen Gatte an der französischen Südküste im Mitteländischen Meer zum größten Teil dem Warenverkehr mit der Schweiz gewidmet. Wir fassen es nun als ein Entgegenkommen der deutschen Regierung auf, daß sie den Hafen von Gatte von der Unterseebootblockade ausgenommen hat.“

Bern, 7. Februar.

Die „Zürcher Post“ erhält von „geschätzter Schweizer Seite“ eine Zuschrift, die darauf hinweist, daß das Verhalten des Präsidenten Wilson die Neutralen sehr enttäuschen müsse und daß Amerika keine Legitimation für seine Aufforderung „zum Schutze gemeinsamer Interessen“ besitze. Amerika habe lediglich vom Standpunkt seiner amerikanischen, den europäischen nicht entsprechenden Interessen niemals erkennen wollen, daß stets englische Verletzungen des Völkerrechtes erfolgten, ehe Deutschland seinerseits vorgegangen sei. Die Zuschrift sagt dann wörtlich: „Wilson kann nach seinem neuesten Schritt nicht mehr den Anspruch erheben, im Interesse der Menschlichkeit zu handeln.“ Amerika brauchte nur materielle Opfer zu bringen, um den Krieg zu Ende zu bringen.